

Vering und Redaktion: Hannover, Georgstr. 33
Tel. 2 0951/52

III/9

Hannover, 21. Januar 1948

Einigt Europa jetzt!

Die Chance für 1948 - Ein Mahnruf aus England?

"Es ist ein Trugschluss, anzunehmen, dass die politische Einheit Europas automatisch aus gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen erwachsen werde. Die Vereinheitlichung wäre eine historische Revolution, die nicht durch die Hintertür eintreten kann. Sie muss gewollt werden, wenn sie Tatsache werden soll und zwar dort, wo weitgehende politische Entscheidungen ihren Ursprung haben. Politik wird von Politikern gemacht und nicht von wirtschaftlichen Sachverständigen. Deshalb muss der Wille zur Einheit Europas von allen bewusst politisch Denkenden gefördert werden," schrieb am 18.1.48 die angesehenste englische Sonntagszeitung "Observer". Sie griff damit ein altes Thema auf, gab ihm aber einen scharfen aktuellen Akzent, der dadurch bedingt ist, dass die tatsächliche Notwendigkeit zur europäischen Einigung noch nie so gross war wie jetzt.

Die Forderung mag trotzdem heute utopisch erscheinen, wo der Riss, der durch den Kontinent läuft, zu einer unüberbrückbaren Kluft zu werden droht. Aber es ist eine alte, wenn auch bittere Erfahrung, dass offenbar erst das Wellental einer Fehlentwicklung in seiner tiefsten Tiefe durchschritten werden muss, ehe sich die Kräfte zu ihrer Überwindung durchzusetzen beginnen. Gerade in Deutschland weiss man davon. Doch es hat keinen Sinn, zu beklagen, was alles an Opfern hätte vermieden werden können, wenn man früher zu Einsichten gekommen wäre, und daraus seine Schlussfolgerungen gezogen hätte, denen man sich jetzt, sozusagen, bis schlechtesten Willen nicht, wehr verschliessen kann. Das würde zu nichts führen.

Hingegen ist es eine fast atemberaubende Vorstellung, zu überlegen, was geschehen könnte, wenn sich die geliebten und täglich ausweitenden wissenschaftlichen Erkenntnisse, praktischen Fähigkeiten und technischen Möglichkeiten unserer Zeit in den Dienst der politischen Vernunft, d.h. eines echten allgemeinen Friedenswillens, stellen liessen. Auf dem ganzen Erdbereich gesehen erscheint das für die nächste Zeit leider in der Tat als eine Utopie, die Welt ist heute zweigeteilt. Aber in jeder der beiden Hälften ist der Prozess der Vereinheitlichung weitgehend fortgeschritten, in der östlichen übr-

gene weit mehr als in der westlichen. Der Westen hat in dieser Hinsicht also einen Vorsprung aufzuholen, wenn er auch nicht die Absicht hat, die gleichen oder auch nur ähnlichen Formen der Assimilierung zu entwickeln wie sein Gegenspieler. Er hat dafür seinerseits, zumindestens für eine ganze Reihe von Jahren, den Vorteil der grösseren Kraftresserven und des höheren Entwicklungsstandes in den USA.

Ein wichtiger Teil der westlichen Welt blieb aber Europa - trotz allem. Seine gegenwärtige Entwertung durch eine entsprechende Aufwertung abzuklären, muss das Ziel der Arbeit jedes europäischen Politikers sein, der sich nicht mehr den Luxus leisten kann, allein für sein Land zu denken. "Observer" stellt in dem erwähnten Artikel u. a. fest, dass Europa in weniger als 50 Jahren vom Status der Weltführung in den Zustand kaum vorstellbarer Unsicherheit und Armut herabgesunken sei. Er sei nach wie vor ein wirres Durcheinander von Staatsgebilden, das ins 19. oder gar ins 18. Jahrhundert gehöre. Wenn man sich mit der Frage beschäftigt, ob Europa sich noch vereinigen lasse, so sei zu sagen, es laufe alles darauf hin, dass das Jahr 1948 diese Frage beantworten werde. Das englische Blatt spricht dabei von der Chance des Marshall-Planes, die durch die 16 europäischen Nationen, welche an ihm teilnehmen werden, bisher nicht in genügendem Umfange ausgenutzt wurde. "Observer", ein unabhängiges, nichtsozialistisches Blatt, begrüsst in diesem Zusammenhang als ersten Schritt zur Vereinheitlichung Europas den Entschluss der Labour-Party, eine Konferenz der sozialistischen Parteien Westeuropas einzuberufen. Man müsse fördern, dass auf dieser Konferenz die Grundlage für eine europäische sozialistische Partei gelegt werde.

Die Initiative zu alledem mag wirklich dort liegen. Die Mitarbeit sollte aber von allen demokratischen Gruppen und Persönlichkeiten der Europabewussten Länder kommen, eine Mitarbeit nicht allein der Worte und Pläne, sondern der bindenden Beschlüsse und Handlungen. Diese müssten freilich den Rahmen sprengen, in dem sich bisher internationale Versuche ähnlicher Art bewegt haben. Auch dürfte der Begriff der nationalen Souveränität nicht mehr seine bisherige beherrschende und bestimmende Rolle spielen. -u

Ein zweites Protokoll M?

(Elgenbericht) - London, 21. Januar. Nach einem Bericht des diplomatischen Korrespondenten des "Sunday Dispatch" soll in Kürze die Aufdeckung eines zweiten Komplotts in Deutschland vollzogen werden, das mit dem "Protokoll M" parallel läuft. Es soll sich dabei um die Einführung einer neuen nationalistischen Organisation handeln, die politische Reaktionen, ehemalige Reichswehr-Offiziere und Ex-Nazis umfasst. "Diese Organisation", so heisst es in dem Bericht, "erfreut sich, so glaubt man, der Unterstützung durch die Rote Armee, deren Hauptquartier in Karlshorst Agenten über die ganze englisch-amerikanische Besatzungszone austreut. Aufgabe der neuen Organisation ist militärische Sabotage. Man erwartet, dass Februar, März und April die gefährlichen Monate in Deutschland sein werden. Ernährungsstreiks und Sabotage nehmen möglicherweise ein umfangreicheres Ausmass an, aber es werden Vorsichtsmassnahmen gegen die Möglichkeit weitverbreiteter Unruhen getroffen. Man nimmt an, dass Deutschland durch den Kreml als nächstes grosses Betätigungsfeld gegen den Marshall-Plan bestimmt wurde, nachdem im letzten Jahre die Versuche, die Ordnung in Italien und Frankreich zum Zusammensturz zu bringen, misslungen sind."

Das Bentheimer Gutachten

-a. Mehr als ein Jahrtausend stehen die Grenzsteine zwischen Holland und Deutschland genau an derselben Stelle. Das Verhältnis zwischen Deutschen und Holländern an der Grenze war bis zum Überfall Hitlers immer gut, nicht zuletzt durch die in Jahrhunderten gewachsenen verwandtschaftlichen Bindungen von Hüten zu drüben. Mit grösster Überraschung musste die deutsche Öffentlichkeit nun zur Kenntnis nehmen, dass Holland Forderungen auf unzweifelhaft deutsches Land und auf deutsche Bodenschätze erhebt.

Holland hat versucht, seine Forderungen durch Bagatellisierung schmalkhafter zu machen. Ob diese Argumentation sehr geschickt ist, kann bezweifelt werden. Zumal, wenn eben wegen einer Bagatelle Feindschaft zwischen Deutschland und Holland gesät werden soll. Denn es ist nicht so, wie es die holländischen Zeitungen darstellen, dass nur eine Gruppe von Intellektuellen sich gegen die holländischen Forderungen wendet. Die gesamte Grenzbevölkerung hat sich in freien Willensäusserungen gegen die holländischen Forderungen erklärt.

Die folgenden Zahlen zeigen, dass die holländischen Forderungen kaum als Bagatelle bezeichnet werden können: Die Holländer fordern ein Gebiet von Deutschland, das der Grösse des Saargebietes entspricht. 153 Ortschaften mit rund 150 000 Einwohnern befinden sich in diesem Gebiet. An wichtigen Erzeugnissen der Landwirtschaft würden für die deutsche Bevölkerung verloren gehen: Brotgetreide für mindestens 400 000 Menschen, Kartoffeln für etwa 1,2 Mill. Menschen, Milch für über 150 000 Säuglinge, 130 000 Kinder und 50 000 Kranke. Die Verluste an Bodenschätzen würden betragen: 7,5 Mill. to Erdöl, das würde innerhalb der nächsten fünf Jahre einen Rückgang der deutschen Rohölförderung um mehr als die Hälfte bedeuten. 7,5 Mrd. to Braunkohle, 1,3 Mrd. to Steinkohle, 45-Mill. to Kali, 25 Mill. to Torf: Das wären die weiteren Bodenschätze, die Deutschland verlieren würde. Dazu würde verlustig gehen ein Tonvorkommen für die Produktion von jährlich 725 Mill. Dachziegeln. Mit 125 Mill. Dachziegeln kann jährlich mindestens 350 000 Menschen ein Obdach geschaffen werden.

Die Existenz des Hafens Emden würde durch die holländischen Gebietsforderungen in der Besamnung und im Dollart gefährdet werden. Weitere holländische Forderungen, die den Bau neuer deutscher Kanäle und die Erweiterung und Wartung der bestehenden verbieten wollen, zeigen klar auf: die deutschen Seehäfen sollen weitestgehend ihre Funktionen beim Ein- und Ausfuhrhandel an die holländischen Häfen abtreten. Dass dadurch der deutsche Handel und Verkehr schwerstens beeinträchtigt würden, braucht nicht besonders betont zu werden.

Zur Abwehr dieser holländischen Forderungen hat sich aus der Grenzbevölkerung heraus der Bentheimer Grenzlandausschuss gebildet. Durch zahlreiche mysteriöse Umstände ist eines von sieben vorhanden gewesenen Stücken eines lediglich als Material gedachten Vorentwurfs für ein geplantes Gutachten in die Hände der holländischen Presse gelangt. Aus diesem Schreibmaschinenstück, das kein keiner Weise irgendetwie verbindlich war oder gar verbindlich erklärt worden ist, hat

Die holländische Presse zwei Punkte herausgegriffen: "Es sei aus der Geschichte erklärlich, wenn die Niederlande ihre Wünsche auf Vergrößerung ihres Staatsgebietes nach Teilen des Königreiches Belgien und des Grossherzogtums Luxemburg richten würden..." - "Wenn 1816/17 die Grenzen historisch richtig festgelegt worden wären, hätten Sittard und weitere 36 Gemeinden deutsch sein müssen..."

Die holländische Presse behauptet nun, dass diese Sätze eine offizielle Stellungnahme des Bentheimer Grenzlandausschusses darstellten und sprach von "Frechheit des Räubers und der betrügerischen Haltung des Bankrotteurs". Der wirkliche Sachverhalt: Der in holländische Hand gelangte Schreibmaschinendurchschlag war - wie bereits gesagt - Material für das im Entstehen befindliche Gutachten. Ausserdem waren die noch nicht einmal richtig zitierten beiden Punkte unverkennbar als Anmerkungen zu eigenartigen holländischen Behauptungen über die historische Berechtigung der holländischen Forderungen gedacht. Das angebliche Gutachten liegt zurzeit nur auf den Redaktionstischen holländischer Zeitungen. Das wirkliche Gutachten ist bis zur Stunde noch nicht fertiggestellt. Am 15. Januar 1948 wurde bei einer Arbeitstagung des Bentheimer Grenzlandausschusses in Bentheim festgestellt, dass die Sammlung des Materials für das Bentheimer Gutachten jetzt erst als abgeschlossen gilt. Der Grenzlandausschuss beschloss darauf, dieses Material für ein Gutachten auszuwerten. Dieses Gutachten wird lediglich sachlich zu den durch die holländischen Forderungen aufgeworfenen Problemen Stellung nehmen.

Die Kommunisten in Holland

v.B. Amsterdam, im Januar 1948

Um die Jahreswende hatte die kommunistische Partei Hollands, die über ihren mangelnden Einfluss in der Öffentlichkeit immer wieder durch laute Propagandaktionen hinwegzutäuschen versucht, einen Parteikongress in Amsterdam einberufen. Dabei wurde noch einmal mit besonderer Entschiedenheit gegen den Marshallplan, die amerikanische Politik in Indonesien und in Deutschland und schliesslich, nach einer scharfen Verurteilung der "verräterischen" "Partei der Arbeit", gegen den "Entstreuungsplan" der holländischen Regierung Stellung genommen. Durch den das Land "in einen sehr ernsten Zustand" geraten sei und dem man, wie es hiess, einen kommunistischen "Wohlfahrtsplan" entgegenstellen werde. Laut Parteibeschluss würden die holländischen Kommunisten zur Kominform-Führung aufnehmen.

Diese grösstenteils aus der Moskauer Propaganda hinlänglich bekannten Äusserungen haben in Holland keine weitere Beachtung gefunden. Man ist sich hier längst darüber im Klaren, dass die kommunistische Partei in Holland trotz ihres überraschenden Stimmenzuwachses bei den ersten Nachkriegswahlen in ihrer isolierten Stellung verblieben ist und gerade in den letzten Monaten an Popularität nicht gewonnen hat.

Die an die Wahlerfolge der Kommunisten von 1946 geknüpften Erwartungen sind nicht in Erfüllung gegangen. Demals hatten Not und Elend

Die schmerzlichen Folgen blutiger Kriegshandlungen und einer fünfjährigen deutschen Besetzung, der kommunistischen Partei zahlreiche neue Anhänger zugeführt. Durch seinen heroischen und kompromisslosen Widerstand gegen den deutschen Einringling war der Kommunismus in jenen Tagen sozusagen von einem besonderen Nimbus umgeben, zu dem auch die gigantische russische Leistung im Kampf gegen Hitlers Armeen das ihrige beigetragen hat. Im Zuge der fortschreitenden Normalisierung der Lebensverhältnisse in Holland hat sich jedoch der völlige Leerlauf der kommunistischen Parteipropaganda deutlich herausgestellt und keine neuen Freunde werben können. Im Gegenteil, die oppositionelle Haltung um jeden Preis gegen die holländische Regierungspolitik hat zweifellos einen sehr beträchtlichen Teil der Anhänger zurückgeschreckt, die in den letzten zwei Jahren ebenso geizig wie vergeblich auf die Einlösung der seinerzeit grosszügig gemachten kommunistischen Versprechungen gewartet haben. Hinzu kommt, dass die jüngsten Ereignisse im benachbarten Frankreich, in Italien und in den südosteuropäischen Ländern kaum geeignet erscheinen, zur Beliebtheit der Kommunisten beizutragen. Die immer deutlicher in Erscheinung tretende Ausrichtung der Partei auf Moskau musste schliesslich das Misstrauen jedes Durchschnittsbürgers erregen, der nun auf Europa lastenden trübenden Schatten des Kreml nicht zu ersehen kann und will.

Es ist heute, knapp zwei Jahre nach den letzten Wahlen, nicht anzunehmen, dass sich die kommunistische Partei Hollands noch jener Stimmenzahl rühmen kann, die ihr zehn Sitze im Parlament (gegen drei bei den letzten Vorkriegswahlen) und die doppelte, ja sogar drei- und vierfache Zahl der Vorkriegsmehrheit bei den Gemeindefratswahlen in Amsterdam und den anderen grossen holländischen Städten einbrachte. Daran werden auch lärmende Massenversammlungen und die unzweifelnde sowjetische Sprache des kommunistischen Zentralorgans "De Waarheid" nichts ändern können.

Für die Redaktion

Wir bitten unsere Bezücker, den Artikel

"Das Bentheimer Gutachten"

auf Seite 3 unserer heutigen Ausgabe nicht zu veröffentlichen und lediglich als Archivmaterial zu betrachten.

Die Redaktion

Die Arbeitsverhältnisse im Uranbergbau

Das Meininger SED-Blatt "Thüringer Volk" befasste sich Anfang Januar mit den Arbeitsverhältnissen im Uranbergbau im Erzgebirge. Demnach sollen freiwillige Meldungen für den Uranbergbau in so grosser Zahl vorliegen, dass die Zwangsverpflichtungen mehr und mehr eingestellt werden. Tatsache ist, dass täglich Dutzende von Arbeitern aus dem Bergwerksgebiet flüchten, weil sie so menschenunwürdige Arbeitsverhältnisse nicht mehr ertragen können. Ferner sind die Ausfälle von Arbeitskräften durch Krankheit, völlige Entkräftung sowie durch die häufigen Unfälle derart hoch, dass ein Ersatz allein durch "Freiwillige" nicht ausreicht gestellt werden kann.

Es soll hier nicht abgestritten werden, dass sich tatsächlich Arbeiter für den Uranbergbau freiwillig melden. Sie tun es aber, weil die Arbeitsämter ihrer Heimatorte in ihnen falsche Vorstellungen erwecken und ihnen Fantasielöhne und beste Arbeitsverhältnisse versprechen. Besonders an Ernährung wird weit mehr versprochen, als es tatsächlich gibt.

Es liegen amtliche Unterlagen darüber vor, dass die Zwangsverpflichtungen für den Uranbergbau in der Ostzone heute noch genau wie früher erfolgen. Merkwürdigerweise gibt die Zeitung "Thüringer Volk" eine Zwangsverpflichtung von Arbeitskräften zu, während sie bisher von der SED-Propaganda rundweg abgestritten wurde.

Das Blatt behauptet ferner, dass die Grundlöhne für die Achtstundenschicht über Tage RM. 6,- bis RM. 13,50 betragen, unter Tage RM. 8,80 bis RM. 16,-. Ein Steiger erhält nach diesem Beicht 350,- bis 400 RM.

Diese Meldung widerspricht aber einer Erklärung des sächsischen Landtagspräsidenten Otto Buchwitz, die er Anfang November 1947 in Nürnberg vor Pressevertretern abgab. Er behauptete, dass die Bergarbeiter 1.200,- bis 1.300,- RM. im Monat verdienen, ein Steiger sogar bis zu 3.000,- RM. Hierzu steht der Artikel der Zeitung "Thüringer Volk" im krassen Gegensatz.

Geflüchtete Arbeiter, die im Uranbergbau beschäftigt waren, berichten übereinstimmend, dass die Lohnverhältnisse dort sehr schlecht sind. Da die zwangsverpflichteten Arbeitskräfte fast ausschliesslich aus anderen Berufen stammen, werden sie als "ungelernte" Arbeiter in die niedrigste Lohnstufe eingestuft. Nur Spezialarbeiter, wie z.B. Hauer, Schlosser und Steiger werden nach höheren Lohnstufen bezahlt. Dass ein Steiger 350,- bis 400,- RM. monatlich verdient, ist gut möglich. Es wird in dem Artikel verschwiegen, dass die Arbeiter ihre Löhne nicht regelmässig ausgezahlt bekommen. Sie erhalten auf Anordnung der russischen Verwaltung unregelmässige Abschlagszahlungen. Diese Massnahme erfolgt, um die Arbeiter an ihren Arbeitsplatz zu fesseln und um eine Flucht zu erschweren. Das Präziansystem, das von dem Blatt so beschönigend hervorgehoben wird, ist eher als ein menschenunwürdiges Ausbeutungssystem zu bezeichnen. Es stimmt, dass Arbeiter, die ihr Soll überschreiten, Leistungszulagen erhalten, ebenso werden bei Erfinden Prämien gewährt. Dies geschieht aber sehr selten, weil die Norm an sich schon so hoch ist, dass sie nur mit Anstrengung erfüllt werden kann. Die Sonderzuteilung an Lebensmitteln für Untertagearbeiter wird nur an diejenigen ausgegeben, die ihre Norm bis zu 100% erfüllt haben. (n/Bl/201/40)

Verantwortlich: Peter Braunau